

Feldmann, Horst

Working Paper

Kulturelle Evolution und der Zusammenbruch des Sozialismus

Tübinger Diskussionsbeiträge, No. 51

Provided in Cooperation with:

University of Tuebingen, Faculty of Economics and Social Sciences, School of Business and Economics

Suggested Citation: Feldmann, Horst (1995) : Kulturelle Evolution und der Zusammenbruch des Sozialismus, Tübinger Diskussionsbeiträge, No. 51, Eberhard Karls Universität Tübingen, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Tübingen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/104930>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

**Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Eberhard-Karls-Universität Tübingen**

**Kulturelle Evolution und der
Zusammenbruch des Sozialismus**

Horst Feldmann



Tübinger Diskussionsbeiträge

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Eberhard-Karls-Universität Tübingen

**Kulturelle Evolution und der
Zusammenbruch des Sozialismus**

Horst Feldmann

Diskussionsbeitrag Nr. 51
Juni 1995

Wirtschaftswissenschaftliches Seminar
Mohlstraße 36, D-72074 Tübingen

Kulturelle Evolution und der Zusammenbruch des Sozialismus

von
Horst Feldmann

"Mangelhafte Institutionen führen die Zerstörung jeder Gesellschaft herbei."

Henri de Saint-Simon (1814), S. 169.

1. Kulturelle Evolution und der Aufstieg der westlichen Welt

Die allmähliche Entstehung einer Tradition gesellschaftlicher Institutionen während der vergangenen zehn- oder zwanzigtausend Jahre hat der Menschheit ermöglicht, die Zivilisation zu entwickeln, auf der ihre heutige Größe und ihr heutiger Wohlstand beruhen (*Hayek*, 1978; ders., 1988, S. 11ff.). Zu diesen Institutionen zählen vor allem bestimmte überlieferbare Verhaltensregeln; sie mußten die angeborenen Instinkte des Menschen unterdrücken, die der Bildung der heutigen ausgedehnten Gesellschaft entgegenstanden. Während mehrerer Millionen Jahre zuvor hatten der Mensch und seine direkten Vorfahren in kleinen jagenden und sammelnden Horden gelebt, deren jeweilige Mitglieder ihre Umwelt auf die gleiche Weise wahrnahmen und gemeinsame konkrete Ziele verfolgten. Dem Zusammenhalt dieser kleinen Gruppen dienten genetisch ererbte Instinkte, die zugleich aber eine Vergrößerung der Gruppen behinderten. Erst die Evolution abstrakter, überlieferbarer Verhaltensregeln führte zur Bildung größerer Gruppen. Diese Verhaltensregeln und die damit zusammenhängenden weiteren Institutionen verbreiteten sich, weil sie denjenigen Gruppen, die sie annahmen, ermöglichten, sich zu vermehren - sowohl durch erfolgreichere Fortpflanzung als auch durch Anziehung von Außenstehenden. Sie wurden von den Menschen nicht rational entworfen, sondern unbewußt entwickelt und an nachfolgende Generationen durch Unterrichtung und Nachahmung weitergegeben, ohne daß ihre Bedeutung auch nur annähernd erfaßt wurde. Der größte Teil der Menschheit hat sich dieser Phase der kulturellen Evolution erst vor wenigen tausend oder hundert Jahren angeschlossen. Die Tradition überlieferter Institutionen bewirkte eine sich immer weiter ausdehnende Kooperation und eine ständige Vertiefung der Arbeitsteilung. Sie führte zur Bildung der heutigen ausgedehnten Gesellschaft. Diese Gesellschaft besteht zwar auch aus

kleinen Gruppen, die gemeinsame Ziele verfolgen, als Grundlage der ausgedehnten Gesellschaft können jedoch nur abstrakte Verhaltensregeln fungieren, weil die gemeinsame Wahrnehmung konkreter Ziele in diesem Rahmen fehlt.

Der Aufstieg der westlichen Welt, den diese kulturelle Evolution ermöglicht hat, setzte im 15. und 16. Jahrhundert in den Niederlanden und im 17. Jahrhundert in England ein, um sich dann auf das restliche Westeuropa, auf Nordamerika, Australien sowie später auf Japan und einige weitere Länder Südasiens und anderer Kontinente auszudehnen. Er brachte den Menschen einen Lebensstandard von nie zuvor gekannter Höhe. Ein nachhaltiger Anstieg der landwirtschaftlichen Produktivität bewirkte, daß nur noch rund 5% statt wie im Mittelalter 80% bis 90% der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft benötigt wurden (*Rosenberg und Birdzell*, 1986, S. 168). Die überschüssigen Arbeitskräfte wanderten vor allem in den sich entwickelnden industriellen Sektor ab. Der nationale und internationale Handel blühte. Die Märkte expandierten. Gleichzeitig ernährte der zunehmende wirtschaftliche Wohlstand immer mehr Menschen, die Bevölkerungszahl erhöhte sich mit beispiellosen Zuwachsraten. Die durch die Bevölkerungsvermehrung und die Expansion der Märkte ermöglichte Vertiefung der Arbeitsteilung sowie die zunehmende Kapitalbildung steigerten die Arbeitsproduktivität, wodurch der wirtschaftliche Aufstieg weiter forciert wurde.

Zunächst vollzog sich der wirtschaftliche Aufstieg langsam, fast unmerklich. Erst Mitte des 18. Jahrhunderts setzte die eigentliche Industrielle Revolution ein, und erst im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde deutlich, in welchem Ausmaß er die Vermehrung der Menschheit und die Erhöhung ihres Wohlstands erlaubte (*Ashton*, 1948).

Die entscheidende Ursache für den wirtschaftlichen Aufstieg der westlichen Welt lag darin, daß sich im Laufe der kulturellen Evolution in Westeuropa Institutionen entwickelten, die den Menschen Freiräume für eigenständiges, produktives Wirtschaften eröffneten und die ihre wirtschaftlichen Aktivitäten effizient koordinierten. Zu diesen Institutionen zählen vor allem bestimmte Regeln der Moral (wie etwa Vertragstreue, Sparsinn, Sorge für die eigene Familie), die individuellen Freiheitsrechte, das Privateigentum, der Markt und das Geld. Die Ursprünge einiger dieser Institutionen, wie etwa einzelner Regeln der Moral und des Rechts sowie der Institutionen des Marktes und des Geldes, reichen weit in die Geschichte der kulturellen Evolution zurück, und tatsächlich hatten viele frühere Hochkulturen ihren Wohlstand diesen Institutionen zu verdanken (*Hayek*, 1988, S. 29ff.). Doch

erst als man im 15. und 16. Jahrhundert in den Niederlanden und im 17. Jahrhundert in England damit begann, sie erstmals umfassend zu verwirklichen, diese Länder daraufhin eine bis dahin unbekannte wirtschaftliche Blüte erlebten, und als sie dann von anderen Ländern übernommen wurden, gelang es der Menschheit, sich in einem bis dahin unbekannten Umfang zu vermehren und einen nie zuvor gekannten Wohlstand zu erwirtschaften.

Die Evolution der Institutionen, die den wirtschaftlichen Aufstieg des Westens herbeiführten, vollzog sich nicht nur ungleichmäßig, sondern auch ungeplant. Sie wurden weder bewußt entwickelt, noch wurden ihre wohlfahrtsfördernden Wirkungen vorausgesehen. Eine entscheidende Rolle spielte vielmehr die politische Zersplitterung Westeuropas (Rosenberg und Birdzell, 1986, S. 90ff., 136ff.; Jones, 1987, S. 91f.). Die verschiedenen miteinander rivalisierenden Fürstentümer und Staaten beherrschten im Mittelalter meist nur relativ kleine Gebiete. Daher konnten die Machthaber nicht unbegrenzt auf Unterdrückung und Konfiskationen zurückgreifen, um sich die Mittel zu verschaffen, auf die sie zur Finanzierung ihrer häufigen Kriege im permanenten Machtkampf stets dringend angewiesen waren. Langfristig erwies es sich als einträglicher, den Bauern, Handwerkern und Händlern wirtschaftliche Freiräume zuzugestehen, ihr Eigentum zu respektieren und zu schützen und ihnen nur mäßige und kalkulierbare Abgaben aufzuerlegen. Dadurch gelang es einigen Herrschern im Laufe der Zeit, mehr Einnahmen zu erzielen als durch willkürliche Enteignungen, die insbesondere die Kaufleute aus dem Land vertrieben und alle Ansätze einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung im Keim erstickten. Auf diese Weise sorgte der Wettbewerb zwischen den Fürstentümern und Staaten Westeuropas dafür, daß sich bereits ab dem hohen Mittelalter allmählich und ungeplant Märkte und Handel ausdehnen konnten, die Leibeigenschaft sukzessive zurückgedrängt, Privateigentum zunehmend anerkannt wurde und die Herrschaft des Rechts an Bedeutung gewann.

Nachdem *Philipp der Gute* 1463 in den Niederlanden die Generalstände einberufen hatte, eine repräsentative Körperschaft, ohne deren Bewilligung die Krone fortan keine Steuern mehr erheben durfte und die das Recht erhielt, Gesetze zu verabschieden, setzten sich dort die wirtschaftlichen Freiheitsrechte immer stärker durch (North und Thomas, 1973, S. 132ff.). Landwirtschaft, Handel und Gewerbe nahmen einen bis dahin unbekannten Aufschwung, der sich in den nördlichen Provinzen noch beschleunigte, nachdem diese sich von der Vorherrschaft Spaniens befreit hatten.

In England, das dem niederländischen Vorbild nacheiferte, besaßen freiheitliche Institutionen eine lange Tradition. Die Einhebungsbewegung, die die Institution des Privateigentums in der Landwirtschaft durchsetzte, hatte bereits im 13. Jahrhundert ihren Ausgang genommen. Individuelle Freiheitsrechte waren erstmals in der Magna Charta festgeschrieben und durch das Common Law kontinuierlich weiterentwickelt worden. Nach zahlreichen Kriegen und Bürgerkriegen setzte sich schließlich in der Glorreichen Revolution von 1688 das System der individuellen Freiheit durch. Es war ein Nebenprodukt im Machtkampf zwischen König und Parlament, kein Ergebnis planmäßigen Entwurfs. Die Krone wurde endgültig dem Common Law unterworfen und verlor ihre Prärogative zur Vergabe von Privilegien (*North und Weingast*, 1989, S. 816). Erst nachdem man die wohlfahrtssteigernden Wirkungen der individuellen Freiheit erkannt hatte, wurde sie im 18. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sukzessive immer umfassender verwirklicht: Gewerbefreiheit, Berufsfreiheit, Freizügigkeit und Freihandel wurden eingeführt oder ausgeweitet. England erlebte einen scheinbar endlosen wirtschaftlichen Aufschwung und entwickelte sich zum ersten und reichsten Industrieland der Welt.

Es ist nicht überflüssig, zumindest die wichtigsten Institutionen der westlichen Welt in ihren wesentlichen Merkmalen und Funktionen im folgenden kurz zu skizzieren. Die Sozialisten haben ihre Bedeutung früh erkannt und dort, wo sie die politische Macht an sich reißen konnten, nahezu alles versucht, sie zu zerstören. Der Unterschied zwischen dem Liberalismus des Westens und dem Totalitarismus des Sozialismus ist in erster Linie ein Unterschied ihrer Institutionen.

Zu den wichtigsten Institutionen, die die kulturelle Evolution hervorgebracht hat und die den Aufstieg der westlichen Welt ermöglicht haben, gehören bestimmte Regeln der Moral wie etwa Ehrlichkeit, Fleiß, Pflichtgefühl, Vertragstreue, Sparsinn, Toleranz und Zivilcourage. Ohne solche tief verwurzelten moralischen Normen, meist eingebettet in und überliefert durch religiösen Glauben (*Hayek*, 1988, S. 135ff.), hätte sich eine freiheitliche Ordnung wie die des Westens nicht entwickeln können, und ohne solche Normen kann eine solche Ordnung auch keinen Bestand haben. Moralische Normen wie Ehrlichkeit und Vertragstreue stabilisieren wechselseitige Verhaltenserwartungen und erleichtern freiwillige Tauschakte (*Hume* 1740; ders., 1751). Die Tugend des Sparens, um ein anderes Beispiel herauszugreifen, war nicht nur eine unabdingbare Voraussetzung für die Industrialisierung, sie erhöht auch die wirtschaftliche Sicherheit der Menschen, indem sie

sie dazu anhält, für unvorhergesehene Vorfälle, für das Alter und für die eigenen Kinder Vorsorge zu treffen.

Eine weitere Institution, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, ist die Familie. Auch wenn sich ihr typisches Erscheinungsbild im Laufe des wirtschaftlichen Aufstiegs des Westens stark gewandelt hat - von der bäuerlichen Großfamilie zur Kleinfamilie der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft -, stellt sie nach wie vor die wichtigste Gruppe dar, auf die jeder einzelne angewiesen ist. Die Familie ist nicht nur die institutionelle Keimzelle zur Erhaltung und Ausbreitung der Menschheit, sie vollbringt auch die Hauptleistung bei der Weitergabe der kulturellen Tradition an die jeweils nachfolgende Generation (*Smith*, 1759, S. 371ff.).

Das Recht ist eine Institution, die in einer freien Gesellschaft nicht nur die gewachsenen Regeln der Moral zu respektieren hat, es ist auch selbst im Laufe der Jahrhunderte allmählich gewachsen (*Leoni*, 1961; *Hayek*, 1973, S. 105ff.). In das gewachsene Recht sind viele Erfahrungen früherer Generationen bezüglich der zweckmäßigsten und gerechtesten Regelung menschlichen Verhaltens eingefloßen; es sollte daher immer nur punktuell an geänderte Umstände und die sich langsam wandelnden Gerechtigkeitsvorstellungen angepaßt werden. Darüber hinaus müssen rechtliche Normen in einer freien Gesellschaft abstrakt und allgemein abgefaßt sein, d.h. sie dürfen nicht auf Einzelfälle zugeschnitten sein, und sie müssen bekannt und gewiß sein, um Rechtssicherheit zu gewährleisten (*Locke*, 1690, S. 376ff.; *Montesquieu*, 1748, Bd. I, S. 107ff., 257ff.). Vor allem aber muß das Recht die individuellen Freiheitsrechte schützen: das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die Glaubens-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Freizügigkeit, die Berufsfreiheit usw. Indem das Recht der westlichen Staaten diese Anforderungen im wesentlichen erfüllt, sichert es ihren Bürgern Freiräume für selbständiges Handeln, setzt verlässliche Rahmenbedingungen und ermöglicht die Entfaltung und Koordination dezentraler wirtschaftlicher Aktivitäten.

Ähnlich wie das Recht die Regeln der Moral zu respektieren hat, so steht die Regierung in einer freien Gesellschaft unter dem Recht ("government under the law"). Auch ist ihr Aufgabenbereich begrenzt ("limited government"): Die Institution des Staates dient in erster Linie dem Schutz des Lebens, der Freiheit und des Eigentums seiner Bürger (*Locke*, 1690, S. 368f.). Als die einer freien Gesellschaft angemessenste Staatsform hat sich die Demokratie erwiesen. Sie bringt die Präferenzen der Bürger für öffentliche Güter am besten zur Geltung. Insbeson-

dere sorgt sie für ein vielfältiges Angebot an politischen Programmen und Führungspersönlichkeiten und ermöglicht bei sich ändernden Mehrheitsmeinungen friedliche Machtwechsel (*Mises*, 1949, S. 150; *Hayek*, 1960, S. 131ff.).

Die Institution des Privateigentums ist eine grundlegende Voraussetzung für die individuelle Freiheit des Menschen, denn erst sie ermöglicht es ihm, Mittel einzusetzen, um eigene Ziele zu verfolgen (*Locke*, 1690, S. 303ff.; *Hume*, 1740, S. 258ff.). Dies gilt auch und gerade für das Eigentum an Produktionsmitteln. Im Rahmen von Markttransaktionen wird Privateigentum zur Bedürfnisbefriedigung anderer Menschen eingesetzt. Dabei hat der Eigentümer ein Interesse an einer effizienten Verwendung seiner Mittel, weil ihm die Erträge aus der Verwertung seines Eigentums zufallen. Auf diese Weise erfüllt die Institution des Privateigentums wichtige ökonomische Funktionen zum Nutzen der gesamten Gesellschaft (*Mises*, 1949, S. 683f.).

Der Markt ist diejenige Institution, die am unmittelbarsten zum wirtschaftlichen Aufstieg der westlichen Welt beigetragen hat (*Rosenberg und Birdzell*, 1986, S. 71ff.; *Jones*, 1987, S. 85ff.). Er führt mit zunehmender Größe zu einer immer weitgehenderen Arbeitsteilung und einer immer besseren Nutzung der unterschiedlichen Kenntnisse und Fertigkeiten der Menschen. Durch den Wettbewerb eröffnen sich den Marktteilnehmern Handlungs- und Wahlfreiheiten, gleichzeitig werden sie "von einer unsichtbaren Hand geleitet" (*Smith*, 1776, Bd. II, S. 35), die Nachfrage anderer Marktteilnehmer zu befriedigen. Dabei haben sie nicht nur einen Anreiz, die ihnen verfügbaren Ressourcen effizient einzusetzen, sie können sich außerdem durch Innovationen Wettbewerbsvorsprünge verschaffen (*Schumpeter*, 1911, S. 88ff.). Auf diese Weise wird die wirtschaftliche Entwicklung einer freien Gesellschaft immer weiter vorangetrieben.

Bei der Abwicklung von Markttransaktionen spielt die Institution des Geldes eine zentrale Rolle. Geld erleichtert den Tausch von Gütern und damit die Koordination von Markthandlungen. Eine wichtige Voraussetzung ist, daß der Geldwert zumindest annähernd stabil bleibt, denn Inflation beeinträchtigt die Informationsfunktion der Preise und verzerrt dadurch die Produktionsstruktur der Volkswirtschaft. Außerdem untergräbt Inflation die Substanz nominell festgelegter Eigentumsrechte und damit die Institution des Privateigentums. Bis zum Ersten Weltkrieg war der Geldwert in den westlichen Staaten durch den Goldstandard weitgehend gesichert; seitdem haben verschiedene westliche Regierungen ihre Volkswirtschaften wiederholt den destruktiven Wirkungen der Inflation ausgesetzt.

In einer freien Gesellschaft verfolgen die Individuen ihre Ziele nicht ausschließlich selbständig; für bestimmte Zwecke schließen sie sich auch zu freiwilligen Organisationen zusammen. Die wichtigste Form privater Organisation in einer Marktwirtschaft ist die Unternehmung. Sie dient der Ausnutzung produktionstechnischer Größenvorteile und der Einsparung von Transaktionskosten (*Williamson*, 1985). Der wirtschaftliche Aufstieg des Westens hat eine große Vielfalt an Unternehmensformen hervorgebracht (*Rosenberg und Birdzell*, 1986, S. 123ff., 189ff., 269ff.). Entsprechend den unterschiedlichen Gegebenheiten (wie etwa Art der eingesetzten Produktionstechnologie, Art der produzierten Güter, Besonderheiten der Absatzmärkte, Größe und Rechtsordnungen der Volkswirtschaften usw.) haben sich Unternehmen unterschiedlichster Größe, Organisations- und Rechtsform herausgebildet. Auch diese Vielfalt an Unternehmensformen und ihre Veränderung im Wettbewerbsprozeß sind Ausdruck der kulturellen Evolution. Sie haben zur wirtschaftlichen Entwicklung ebenso beigetragen wie andere Institutionen und deren Evolution dies getan haben.

Alle genannten Institutionen - Moral, Familie, Recht, Demokratie, Privateigentum, Markt, Geld, Unternehmen - haben sich im Laufe der kulturellen Evolution des Westens spontan entwickelt. Zwar wurde jede dieser Institutionen immer wieder von Menschen bewußt verändert, doch diese bewußten Änderungen mußten sich genauso wie die unbewußten im Wettbewerbsprozeß der kulturellen Evolution bewähren. Welche Unternehmensformen sich beispielsweise unter ständig wandelnden Bedingungen durchsetzen würden, konnten auch diejenigen nicht voraussehen, die bestimmte Unternehmensformen bewußt entwickelt und eingeführt haben. Gerade in diesem Prozeß des institutionellen Experimentierens, der Hervorbringung einer institutionellen Vielfalt, der Selektion von Institutionen im Wettbewerb sowie der Bewahrung und Überlieferung geeigneter und anpassungsfähiger Institutionen, die vom unterschiedlichen und stets begrenzten Wissen der Menschen bestmöglichen Gebrauch machen, deren Präferenzen weitestgehend berücksichtigen und deren Handlungen effizient koordinieren, liegt das Erfolgsgeheimnis der westlichen Welt. Voraussetzung waren allerdings bestimmte Mindestnormen, die den institutionellen Wettbewerb erst möglich gemacht und in produktive Bahnen gelenkt haben. Dazu zählt insbesondere ein Mindestmaß an Verwirklichung individueller Freiheitsrechte. Aber auch die meisten anderen genannten Institutionen, wie etwa das Privateigentum und der Markt mußten in einem bestimmten Mindestmaß verwirklicht sein oder sich Bahn brechen können, um den institutionellen Wettbewerb der westlichen Welt und ihren daraus hervorgehenden wirtschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen.

Die Institutionen, die die kulturelle Evolution des Westens hervorgebracht hat, haben zur Bildung einer Handlungsordnung von unüberschaubarer Komplexität geführt (*Hayek*, 1967; ders., 1976, S. 149ff.). Millionen Wirtschaftssubjekte verfolgen ihre selbstgesetzten Ziele, nutzen ihre individuellen Fähigkeiten und berücksichtigen dabei die spezifischen Umstände, unter denen sie agieren. Koordiniert werden ihre Pläne und Handlungen durch die allgemeinen Regeln der Moral und des Rechts, durch Marktpreise sowie durch die anderen genannten Institutionen. Das daraus resultierende Koordinationsergebnis kann niemals konkret angegeben oder gar prognostiziert werden; möglich sind lediglich Aussagen über das Grundmuster oder die abstrakten Züge einer sich unter bestimmten Bedingungen ergebenden Ordnung menschlichen Handelns.

Ebenso wie sich die Institutionen, die die Bildung der ausgedehnten Handlungsordnung hervorgerufen haben, stets im Prozeß der kulturellen Evolution allmählich weiterentwickeln, so ist auch die Handlungsordnung selbst einem evolutionären Prozeß unterworfen. Unter den freiheitlichen Institutionen der westlichen Welt ist ihre Evolution durch einen Trend zu zunehmender Arbeitsteilung, ständigen Innovationen und immer größerer Komplexität gekennzeichnet. Schon lange hat sich die Handlungsordnung des Westens über Staatsgrenzen hinweg ausgedehnt. Sie sichert immer mehr Menschen das Überleben und gibt den meisten von ihnen die Chance, sich einen immer größeren Wohlstand zu erarbeiten.

2. Der Ansatz der Sozialisten

Die Sozialisten vertraten eine andere Sicht der Dinge. Nach ihrer Anschauung hatten die Menschen ursprünglich in einer Art "goldenem Zeitalter" gelebt, in dem es noch keine Arbeitsteilung und kein Privateigentum gegeben habe und in der daher auch Entfremdung und Ausbeutung unbekannt gewesen seien (*Engels*, 1919). In dieser kommunistischen Urgesellschaft seien die Menschen weder gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen noch moralischen Zwängen unterworfen gewesen. Freilich sei der materielle Lebensstandard noch gering gewesen.

Nach Auffassung der Sozialisten stellte die von ihnen als "Kapitalismus" diffamierte marktwirtschaftliche Ordnung des Westens gegenüber jenem früheren "natürlichen" System eine Entartung dar. Zwar habe der Kapitalismus "massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen, als alle vergangenen Gene-

rationen zusammen" (*Marx und Engels*, 1848, S. 530), zugleich habe er aber zu einer tiefgreifenden Entfremdung des Menschen geführt und die "Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" (*Marx*, 1867, S. 743) mit sich gebracht.

Die "kapitalistischen Produktionsverhältnisse", die durch Privateigentum an den Produktionsmitteln gekennzeichnet seien, spalteten die Gesellschaft nicht nur in eine besitzende und eine nicht besitzende Klasse, sie prägten darüber hinaus auch alle anderen Institutionen sowie die vorherrschenden Wertvorstellungen (*Marx und Engels*, 1845/46, S. 364ff.; *Marx*, 1859, S. 8f.). Die Sozialisten waren davon überzeugt, daß die überlieferten Institutionen radikal beseitigt und durch neue ersetzt werden müssten. Beeinflußt von der Aufklärungsphilosophie und den politischen Ideen der Französischen Revolution glaubten bereits die Frühsozialisten - wie etwa *Fourier* (1803), *Owen* (1817) oder *Saint-Simon* (1824) -, daß die Menschen unter der "Herrschaft der Vernunft" eine neue Moral, ein neues Recht und andere neue Institutionen rational entwerfen und systematisch einführen könnten.

Ziel der Sozialisten war die Verwirklichung des Kommunismus, in der die ursprüngliche Freiheit der Menschen wiederhergestellt werde. In dieser Gesellschaft seien Entfremdung und Ausbeutung aufgehoben, weil die Arbeitsteilung und das Privateigentum abgeschafft seien (*Marx und Engels*, 1845/46, S. 358ff.; dies., 1848, S. 540ff.). Zugleich genieße der Mensch einen Überfluß an Gütern¹. "Das Goldene Zeitalter des Menschengeschlechts, es ist nicht hinter uns, es steht uns bevor" (*Saint-Simon*, 1814, S. 173)².

Gemäß *Marx'* "materialistischer Geschichtsauffassung" war die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft hin zum Kommunismus unausweichlich. Der Kapitalismus werde zwangsläufig an seinen immanenten Widersprüchen zerbrechen (*Marx*, 1867, S. 789ff.; ders., 1894, S. 221ff.). Mit dieser Auffassung knüpfte *Marx* nicht nur an die fortschrittsoptimistischen Lehren der Frühsozialisten (insbesondere *Saint-Simons* und *Fouriers*) an, er stützte sich auch auf *Hegels* (1840) "Vernunftansicht der Weltgeschichte". Danach lag der Weltgeschichte ein ganz bestimmter Plan zugrunde; sei dieser einmal aufgedeckt, so könne die Entwicklung entsprechend gelenkt werden (*Dobias*, 1994a, S. 108).

¹ Vgl. *Owen* (1836/44), S. 69; *Engels* (1886), S. 270f. Noch im Programm der KPdSU von 1961 hieß es: "Als Ergebnis des zweiten Jahrzehnts (1971-1980) wird die materiell-technische Basis des Kommunismus errichtet, die für die gesamte Bevölkerung einen Überfluß an materiellen und kulturellen Gütern sichert" (Kommunistische Partei der Sowjetunion, 1961, S. 188).

² Ebenso *Mao Tse-tung* (1919, S. 142): "Unser goldenes Zeitalter, eine Periode des Glanzes und Ruhmes liegt vor uns!"

Die Sozialisten glaubten sich im Besitz der absoluten Wahrheit. Aus dem Totalitätsanspruch ihrer Gesellschaftstheorie folgte zum einen die Forderung nach Diktatur derjenigen, die die objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten erkannt hätten und verwirklichen wollten (vertreten vor allem von *Babeuf*, *Marx* und *Lenin*). Zum anderen folgte aus ihm die Forderung, alle diejenigen, die sich der zwangsläufigen Entwicklung in den Weg stellten, zu beseitigen (deutlich ausgesprochen u.a. von *Babeuf*, *Saint-Simon*, *Owen* und *Lenin*).

Tatsächlich gelang es den Sozialisten im Laufe dieses Jahrhunderts in vielen Ländern, die Macht an sich zu reißen, zumeist durch einen gewaltsamen Umsturz oder Staatsstreich einer kleinen Gruppe. Die Entwicklung begann mit der Oktoberrevolution von 1917 in Rußland. Als Folge des Zweiten Weltkriegs dehnte sich der sozialistische Machtbereich sodann bis nach Mitteleuropa aus. 1949 wurde die Volksrepublik China proklamiert. Weitere asiatische, lateinamerikanische und afrikanische Länder folgten, so daß auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung mehr als ein Drittel der Menschheit unter einem sozialistischen Regime leben mußte (*Kornai*, 1992, S. 6f.).

Da *Marx* und *Engels* kein Programm zur systematischen Gestaltung der sozialistischen Ordnung vorgelegt hatten, entwickelten die sozialistischen Machthaber dieses Jahrhunderts eigene Konzeptionen zum Aufbau des Sozialismus. Von Bedeutung war insbesondere der Marxismus-Leninismus, eine vermeintlich einheitliche und in sich geschlossene Gesellschaftstheorie, die aufgrund der überragenden Stellung der Sowjetunion in der sozialistischen Welt dominierte. Allen sozialistischen Vorstellungen, ob sie in diesen Konzeptionen, in den Ideen der Frühsozialisten oder in den Schriften von *Marx* und *Engels* zum Ausdruck kamen, war gemein, daß sämtliche bedeutende Institutionen der westlichen Welt radikal verurteilt wurden und durch neu zu schaffende ersetzt werden sollten. In dieser Kritik und in den daraus abgeleiteten Vorschlägen und Maßnahmen zur Konstruktion neuer Institutionen lag das Wesen des Sozialismus.

Die Angriffe der Sozialisten richteten sich zuvörderst gegen die Institution des Marktes. Sie sprachen von "anarchischer Konkurrenz" (*Fourier*, 1808a, S. 184; ebenso *Saint-Simon*, *Marx*, *Engels*) und machten das "barbarische, vom Kapital diktierte Gesetz" (*Babeuf*, zitiert nach *Dobias*, 1994b, S. 90) des Marktmechanismus für Unterdrückung und Verelendung der Arbeiter verantwortlich (*Marx*, 1867, S. 675). Außerdem bedeute die Vereinzelung und das Gegeneinander der

Produzenten eine enorme Verschwendung von Ressourcen (ebd., S. 552). An die Stelle des Marktes trat im Sozialismus daher die zentrale staatliche Planung und Lenkung der Wirtschaftsprozesse, wobei auch die Preise staatlich fixiert wurden. Durch eine bewußte, die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten erkennende Planung sollte eine rationelle Regelung der Arbeitsprozesse, eine "planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft" (*Kinze, Knop und Seifert*, 1975, S. 54) und eine gerechte Verteilung der Güter sichergestellt werden.

Komplement zur zentralen Planung und Kernelement des sozialistischen Systems war das Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln. Zwar hätte der Staat seine Planaufgaben grundsätzlich auch dann durchsetzen können, wenn die Produktionsmittel formal in privater Hand verblieben wären (*Eucken*, 1952, S. 60), doch der Rest an privater Autonomie, der damit verbunden gewesen wäre, wäre unvereinbar mit dem Anspruch der Sozialisten gewesen, Wirtschaft und Gesellschaft vollkommen zu beherrschen. Daher verstaatlichten die meisten sozialistischen Regime unmittelbar nach ihrer Machtergreifung den Großteil des Produktionsapparates und konfiszierten im Laufe der Zeit fast alle restlichen privaten Produktionsmittel. Proklamiertes Ziel war die Beseitigung der Ausbeutung mittels der "Expropriation der Expropriateure" (*Bebel*, 1910, S. 371). Nach *Marx* (1859, S. 9) war das Privateigentum an den Produktionsmitteln im Kapitalismus zudem aus einer "Entwicklungsform der Produktivkräfte" zu ihrer "Fessel" umgeschlagen. Seine Abschaffung, so sekundierte *Engels* (1886, S. 270), sei "die einzige Vorbedingung einer ununterbrochenen, stets rascher fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte und damit einer praktisch schrankenlosen Steigerung der Produktion selbst".

Die Institution der Unternehmung war ebenfalls Gegenstand grundsätzlicher Kritik der Sozialisten, denn in ihren Augen stellt sie im Kapitalismus in erster Linie ein Instrument zur Ausbeutung der Arbeiter dar; sie diene den Kapitalisten zur Realisierung des Mehrwertes (*Marx*, 1867, S. 391ff.). Im Sozialismus verblieb den Betrieben dann angesichts zentraler Planung und staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln nur noch wenig Raum für eigenständiges Disponieren; sie waren nicht mehr als technisch-organisatorische Einheiten, die die behördlichen Planbefehle auszuführen hatten (*Gutmann*, 1990, S. 5). Im ökonomischen Sinne war die Institution der Unternehmung damit beseitigt.

Nach Ansicht der Sozialisten wurde die Abschöpfung des Mehrwertes und damit die Ausbeutung der Arbeiter im Kapitalismus durch die Institution des Geldes bewirkt (*Marx*, 1867, S. 161ff., 200ff.). Daher riet etwa *Lenin* eindeutig: "Um die

bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muß man ihr Geldwesen verwüsten" (zitiert nach *Eucken*, 1952, S. 255). Zur Rolle des Geldes im Sozialismus nahmen die Sozialisten dagegen eine ambivalente Haltung ein. Auf der einen Seite wollten sie es am liebsten abschaffen: "Erst das Absterben der Geldwirtschaft dank der Produktion eines Überflusses an Gütern und Dienstleistungen läßt die psychologische Revolution uneingeschränkt zur Geltung kommen, läßt an der Stelle des egoistischen Denkens des alten Menschen ein neues sozialistisches Bewußtsein aufblühen" (*Mandel*, 1968, S. 698)³. Auf der anderen Seite erfüllte die Institution des Geldes auch im "real existierenden Sozialismus" ihre unverzichtbaren Funktionen als Zahlungsmittel, Recheneinheit und Wertaufbewahrungsmittel. Zudem diente das streng zentralistisch organisierte, staatliche Geldsystem der Sicherstellung und Kontrolle der betrieblichen Planerfüllung (*Haffner*, 1987, S. 200ff.; *Thieme*, 1987, S. 183f.).

Die Institution des Staates und der Demokratie, wie sie sich in der westlichen Welt entwickelt haben, wurden von den Sozialisten ebenfalls scharf kritisiert. Ihrer Ansicht nach war die Demokratie im Kapitalismus nur ein Zerrbild, das die Herrschaft der Kapitalisten verdeckte; der Staat fungiere als "Repressionsgewalt" im Dienste der Ausbeuter (*Engels*, 1886, S. 267f.). Bezüglich der Rolle von Staat und Demokratie im Sozialismus nahmen dessen Protagonisten hingegen wiederum eine ambivalente Haltung ein. Langfristig, wenn der Kommunismus erreicht sei, werde der Staat absterben (ebd., S. 268). Weil die Klassengegensätze dann aufgehoben seien, sei keine Repressionsgewalt mehr nötig. Erst dann könne auch die "wahre Demokratie" (*Marx*, 1841/42, S. 48) verwirklicht werden. Zwischenzeitlich, während der Umwandlung der kapitalistischen in die kommunistische Gesellschaft, gebe es freilich "eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*" (*Marx*, 1891, S. 33). Die "führende Rolle" spielte dabei in Theorie und Praxis die kommunistische Partei, nach deren Willen Planung und Lenkung der gesellschaftlichen Entwicklung erfolgten⁴. Zu diesem Zweck bediente sie sich des Staatsapparates, der ihr mithin

³ Siehe auch *Babeuf* (o.J.), S. 15. In Rußland wurden bereits unmittelbar nach der Oktoberrevolution Schritte zur Abschaffung des Geldes eingeleitet. Und noch im Jahre 1926 hieß es trotz zwischenzeitlichen Übergangs vom "Kriegskommunismus" zur "Neuen Ökonomischen Politik" in einem Artikel eines leitenden Beamten der sowjetischen Planungsbehörde: "Der Geldumlauf stirbt allmählich ab; er wird durch den Naturaltausch, genau genommen durch die direkte Zuteilung der Güter, ersetzt. Dies voraussehend strebt das Volkskommissariat für Finanzen bewußt die Abschaffung des Geldes an" (*Kovalevsky*, zitiert nach *Kornai*, 1992, S. 131).

⁴ Dementsprechend hieß es etwa in Artikel 1 der Verfassung der DDR von 1974: "Die Deutsche Demokratische Republik ... ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei" (Deutsche Demokratische Republik, 1974, S. 28). Artikel 6 der Verfassung der UdSSR von 1977 wiederum begann

nachgeordnet war. In Partei, Staat und der Gesellschaft insgesamt galt das Prinzip des "demokratischen Zentralismus", wonach alle Beschlüsse höherer Organe für die jeweils unteren streng verbindlich waren.

Das Recht stellte in den westlichen Staaten aus sozialistischer Sicht ebenfalls eine Institution dar, die durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestimmt war (Marx, 1859, S. 8). Es sichere die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten (Marx, 1867, S. 309; Autorenkollektiv, 1974, S. 560f.). Rechtsstaatliche Grundsätze wie die Gleichheit vor dem Gesetz verschleierten nach Auffassung der Sozialisten nur die Klassengegensätze. Im Sozialismus diene das Recht dagegen der Verwirklichung der sozialistischen Ordnung gemäß dem Willen der kommunistischen Partei⁵. Rechtsstaatliche Grundsätze wie die Unabhängigkeit der Justiz oder die Allgemeinheit und Abstraktheit rechtlicher Normen konnten dabei keinen Bestand haben. Die individuellen Freiheitsrechte, wie etwa das Recht auf Privateigentum, die Meinungs-, Berufs- und Gewerbefreiheit wurden de facto abgeschafft, weil sie mit dem Anspruch der Partei, den Lauf der Geschichte zu kennen und zu verwirklichen, und den Erfordernissen, die die zentrale Lenkung der Volkswirtschaft mit sich brachte, unvereinbar waren. Die Institution des Rechts im westlichen Sinne war damit beseitigt⁶.

Die Kritik der Sozialisten richtete sich nicht zuletzt auch gegen die moralischen Normen der westlichen Zivilisation⁷. Für *Fourier* (1808b) etwa war der Mensch ein Triebwesen, das unter der kapitalistischen Gesellschaft leide, weil seine Triebe durch die herrschende Moral unterdrückt würden. Dem stellte er sein detailliertes Bild einer idealen Gesellschaftsordnung gegenüber, in der der Mensch seine Triebe ausleben können sollte. Gemäß der Lehre des Marxismus-Leninismus wiederum identifizierte sich der einzelne mit dem Sozialismus und den von der kommunistischen Partei vorgegebenen Zielen (Autorenkollektiv, 1974, S. 570ff.). Die "sozialistische Moral" bestand darin, daß er freiwillig die Pflichten erfüllte, die ihm von

mit dem Satz: "Die führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, der Kern ihres politischen Systems, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen ist die Kommunistische Partei der Sowjetunion" (zitiert nach *Lindemann*, 1992, S. 11).

⁵ So lautete Art. 90, Abs. 1, Satz 1 der Verfassung der DDR von 1974: "Die Rechtspflege dient der Durchführung der sozialistischen Gesetzlichkeit, dem Schutz und der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung" (Deutsche Demokratische Republik, 1974, S. 47).

⁶ *Lenin* sagte 1919 in aller Klarheit: "Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist ... eine Macht, die an keinerlei Gesetz gebunden ist" (zitiert nach Bundeszentrale für politische Bildung, 1982, S. 26).

⁷ Und gegen die Religion: "Sie ist das *Opium* des Volkes. Die Aufhebung der Religion als des *illusorischen* Glücks des Volkes ist die Forderung seines *wirklichen* Glücks" (Marx, 1844, S. 31).

der sozialistischen Gesellschaft auferlegt wurden (Autorenkollektiv, 1976, S. 536, 543). In einer solchen Gesellschaft war kein Platz für Moral im herkömmlichen Sinne, also für allgemeine, abstrakte Normen, die bestimmtes Verhalten ohne Rücksicht auf die jeweils verfolgten Ziele verlangen oder verbieten. Im Sozialismus konnte nichts verboten sein, was der Erreichung seiner Ziele diente; der Zweck heiligte stets die Mittel (*Hayek*, 1944, S. 186ff.). Die allgemeinen Regeln der Moral mußten den Anordnungen von Partei und Staat weichen.

Es war nur konsequent, daß die Sozialisten selbst die Institution der Ehe und Familie angriffen und sie beseitigen wollten⁸. Während Ehe und Familie in der Urgesellschaft noch natürlich und rein gewesen seien, würden sie im Kapitalismus durch die Einwirkungen wirtschaftlicher Aspekte geschändet, wie sich insbesondere an der ökonomischen Abhängigkeit der Frau und der Existenz von Prostitution zeige (*Bebel*, 1910; *Engels*, 1919). Die Sozialisten forderten, Kinder möglichst frühzeitig in öffentliche Heime zu bringen und dort im sozialistischen Sinne zu erziehen. Die Institution der Familie würde dadurch überflüssig und ebenso wie die der Ehe abgeschafft. Statt dessen sollten sich Männer und Frauen, wie im ursprünglichen "goldenen Zeitalter", ohne jegliche Bindungen der "freien Liebe" hingeben können⁹.

Alles in allem stellte der Sozialismus den gigantischen Versuch dar, die gesamte Gesellschaft bis in ihre letzten Verästelungen nach einer umfassenden Theorie neu zu gestalten. Diesem Zweck dienten die Abschaffung sämtlicher bedeutenden, spontan gewachsenen Institutionen und ihr Ersatz durch neue, zielgerichtet konstruierte. Dabei wurde nicht nur eine neue gesellschaftliche Rahmenordnung geschaffen, vielmehr wurde die gesamte Gesellschaft hierarchisch gegliedert; jedem einzelnen Menschen wurden sein Platz und seine Aufgaben in dieser Hierarchie zugewiesen. Darüber hinaus wurden alle gesellschaftlichen Abläufe zentral gesteuert und überwacht. Die Grundlage bildete die im historischen Materialismus verankerte Überzeugung der Sozialisten, die objektiven Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaft zu kennen und deren Entwicklung dementsprechend lenken zu können. Der Wahrheits- und Herrschaftsanspruch der Sozialisten war total, ihre Gesellschaftsordnung totalitär. Die individuelle Freiheit der Menschen wurde fast vollständig zerstört.

⁸ So forderte etwa *Marx* (1845, S. 340): Nachdem "die irdische Familie als das Geheimnis der heiligen Familie entdeckt ist, muß nun erstere selbst theoretisch und praktisch vernichtet werden."

⁹ Vgl. *Fourier* (1808b), S. 159ff.; *Owen* (1836/44), S. 71ff.; *Bebel* (1910), S. 474ff.

3. Der Sozialismus als Irrweg der kulturellen Evolution

Im Herbst 1989 brachen die sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme sämtlicher Staaten Mittel- und Osteuropas innerhalb weniger Monate zusammen. 1991 folgte die Sowjetunion, die im Zuge dieser Entwicklung sogar in mehrere Nachfolgestaaten zerfiel. Ein umfassender Aufbau marktwirtschaftlicher, demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen begann.

Obwohl der Zusammenbruch der sozialistischen Systeme plötzlich erfolgte, war er das Ergebnis eines langfristigen wirtschaftlichen Niedergangs und einer damit verbundenen stetigen Erosion dieser Systeme. Verdeckt wurde diese Entwicklung durch die scheinbare politische Stabilität und die anfangs eindrucksvollen wirtschaftlichen Wachstumsraten der sozialistischen Staaten. Die politische Stabilität war indes das Ergebnis einer willkürlichen, jegliche abweichenden Meinungen unterdrückenden autokratischen Herrschaft der sozialistischen Führungsschichten dieser Staaten; und die anfangs hohen Wachstumsraten die Folge rigoroser Industrialisierungspläne, die die Effizienz des Faktoreinsatzes weitgehend mißachteten und die Präferenzen der Bevölkerung völlig außer Betracht ließen.

Im Laufe der Jahre zeigte sich der wirtschaftliche Niedergang insbesondere im Vergleich zu den westlichen Volkswirtschaften immer deutlicher. Die hergestellten Produkte waren von schlechter Qualität, der technische Fortschritt war äußerst gering (*Gutmann*, 1990, S. 11). Es herrschte ständiger Mangel, wiederholt kam es zu Versorgungskrisen, so daß zeitweise sogar in erheblichem Umfang Nahrungsmittel aus dem "kapitalistischen Ausland" importiert werden mußten. Ressourcen wurden in unvorstellbarem Ausmaß vergeudet (*Winiecki*, 1988, S. 3ff.), die Umweltverschmutzung war exorbitant (ders., 1991, S. 69f.). Die Lebenserwartung verringerte sich seit den sechziger Jahren kontinuierlich und mit zunehmenden Raten (ebd., S. 70ff.). Die Kindersterblichkeit lag Mitte der achtziger Jahre in der UdSSR zweieinhalb mal so hoch wie in den USA, das Pro-Kopf-Einkommen erreichte maximal die Hälfte des US-amerikanischen Wertes (*Brzezinski*, 1989, S. 50, 297, 306; *Kornai*, 1992, S. 6). Das tschechoslowakische Pro-Kopf-Einkommen, um ein anderes Beispiel zu nehmen, erreichte sogar nur ein Fünftel des österreichischen Wertes; im Jahre 1937 hatte es lediglich um 10% unter dem Österreichs gelegen (*Solimano*, 1991, S. 20).

Angesichts des niedrigen und tendenziell fallenden Lebensstandards sowie der anhaltenden politischen Repression wuchs die Unzufriedenheit der Bevölkerung.

1980 kam es in Polen zu Arbeiterunruhen, die zur Gründung der unabhängigen Gewerkschaft "Solidarität" führten. Der Aufruhr der Arbeiter, die politische Freiheit und materiellen Wohlstand forderten, konnte durch Verbot der Gewerkschaft und Verhängung des Kriegsrechts zunächst unterdrückt werden. In Ungarn, das den Sozialismus schon immer etwas laxer betrieben hatte als die anderen sozialistischen Staaten, entwickelte sich ab 1982 eine intensive Reformdiskussion, im Rahmen derer wirtschaftliche und politische Freiheitsrechte gefordert wurden. Tatsächlich begann man Mitte der achtziger Jahre mit entsprechenden, zunächst noch vorsichtigen und partiellen Reformen. Ab 1988 beschleunigte Ungarn sein Reformtempo (*Görtemaker*, 1994, S. 48f.).

In der Sowjetunion initiierte der 1985 ernannte Generalsekretär *Gorbatschow* eine politische Öffnung ("Glasnost") und einen Umbau des Systems ("Perestrojka"). Die Maßnahmen sollten aber erklärtermaßen einer Stärkung und nicht der Abschaffung des Sozialismus dienen (*Malia*, 1994, S. 464ff.). Es blieb bei der Einparteienherrschaft der KPdSU, Privateigentum an Produktionsmitteln war grundsätzlich weiterhin verboten. Die Zentralverwaltungswirtschaft sollte durch eine vorsichtige Einschränkung der zentralen Planung und eine begrenzte Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungsbefugnisse effizienter werden, dem Markt wurde nur eine ergänzende Rolle zugestanden. Infolge dieser Reformen besserte sich die wirtschaftliche Lage nicht etwa, sie verschlechterte sich sogar. Der Grund lag darin, daß die Kohärenz des sozialistischen Systems durch die Lockerung der staatlichen Planung, Lenkung und Kontrolle zerstört wurde. Eine Zentralverwaltungswirtschaft muß das Prinzip der zentralen Planung und Lenkung auch konsequent durchsetzen, sonst ist sie nicht lebensfähig. Planwirtschaftliche und marktwirtschaftliche Allokationsmechanismen können nicht gleichzeitig den gesamtwirtschaftlichen Ressourceneinsatz lenken. Die Wirtschaftsreformen verstärkten daher die Unzufriedenheit der Bevölkerung und beschleunigten die Erosion des sozialistischen Systems.

Die politischen und wirtschaftlichen Reformen in der UdSSR wurden von den Bevölkerungen und Machthabern der "sozialistischen Bruderländer" aufmerksam verfolgt. Im Mai 1989 begann Ungarn an seiner Grenze zu Österreich mit dem Abbau des "Eisernen Vorhangs". Eine Ausreisewelle aus der DDR setzte ein, die sich im Sommer 1989 zu einer Massenflucht verstärkte. Als die sowjetische Führung dann im Oktober 1989 offiziell die *Breschnew*-Doktrin widerrief, nach der die "sozialistischen Bruderländer" nötigenfalls militärisch zum Festhalten am Sozialismus gezwungen werden sollten (*Meissner*, 1969), und erklärte, nunmehr könne jedes

Land seinen eigenen Weg gehen ("*Sinatra-Doktrin*"), brach die friedliche Revolution aus. In der DDR, der Tschechoslowakei, in Rumänien und später in Bulgarien kam es zu Massendemonstrationen. Da die sozialistischen Regime nicht mehr auf den Beistand der Sowjetunion hoffen konnten, hatten sie der Erhebung ihrer Bevölkerungen wenig entgegenzusetzen. In einem Dominoeffekt wurden sie in einem Land nach dem anderen beseitigt (*Görtemaker*, 1994, S. 52ff.). Nachdem China bereits Ende der siebziger Jahre mit einer graduellen Einführung der Marktwirtschaft begonnen hatte (freilich ohne eine entsprechende politische Liberalisierung), war der Sozialismus praktisch weltweit zusammengebrochen. Als letzte Bastionen verblieben allein Kuba und Nordkorea.

Das Scheitern des Sozialismus war die Folge grundlegender Irrtümer der Sozialisten und der aus diesen Irrtümern resultierenden Mängel ihres Systems (siehe hierzu auch *Hayek*, 1988, S. 66ff.). Die Sozialisten irrten in ihrem Glauben, eine Gesellschaftsordnung und ihre Institutionen ließen sich von Grund auf neu konstruieren. Sie irrten in ihrem Vertrauen auf die Macht der Vernunft, mit deren Hilfe sie eine vermeintlich vollkommene menschliche Gesellschaft errichten wollten. Sie irrten in ihrer Überzeugung, einer ausgedehnten Gesellschaft könnten gemeinsame Ziele vorgegeben werden. Sie irrten in ihrer Selbstgewißheit, die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung erkannt zu haben und diese zu ihrem vermeintlichen Ziel führen zu können.

In ihrer Verblendung vernichteten sie innerhalb ihres Machtbereichs alle bedeutenden Institutionen, die im Laufe von Jahrhunderten ungeplant gewachsen waren. Sie vernichteten die durch diese Institutionen ermöglichte spontane Ordnung menschlichen Handelns und die ausgedehnte Gesellschaft, der Millionen von Menschen ihr Leben und ihren Wohlstand verdanken. In ihrer Selbstüberschätzung ignorierten sie, daß das Wissen, das zur Aufrechterhaltung und Entwicklung einer ausgedehnten Gesellschaft genutzt werden muß, auf alle Mitglieder einer solchen Gesellschaft verstreut ist, und daß sich dieses millionenfache, individuelle Wissen allenfalls zu einem kleinen Teil zentralisieren läßt (*Hayek*, 1945). Sie ignorierten, daß eine bewußt konstruierte, gesetzte Ordnung daher niemals auch nur annähernd so ausgedehnt und komplex sein kann wie eine spontane Ordnung, die dem eigeninteressierten Handeln der Menschen Freiräume eröffnet und ihre Handlungen durch allgemeine, abstrakte Verhaltensregeln koordiniert. Des weiteren übersahen sie, daß das in einer Gesellschaft vorhandene Wissen nie endgültiger, sondern stets vorläufiger Natur ist; es kann sich jederzeit als falsch erweisen und die Suche nach neuem, wiederum unvermeidlich vorläufigen Wissen erforderlich machen. Auch

diese Suche muß weitestgehend dezentral erfolgen, weil nur der einzelne abschätzen kann, welche Art von Wissen er benötigt und welche Ressourcen er zur Suche nach neuem Wissen sinnvoll einsetzen sollte. Und schließlich übersahen die Sozialisten, daß gerade auch die gewachsenen Institutionen Wissen verkörpern - Wissen, das den Menschen heute unbekannt bleiben muß, weil diesen die Umstände, unter denen sich die Institutionen entwickelt und bewährt haben, zum größten Teil unbekannt sind. Die Entstehungsursachen, die gesellschaftlichen Funktionen und die gegenseitige Bedingtheit der gewachsenen Institutionen können niemals im einzelnen in Erfahrung gebracht werden.

Die Sozialisten vernichteten innerhalb ihres Machtbereichs aber nicht nur die gewachsenen Institutionen und die darauf aufbauende spontane Handlungsordnung, sie vernichteten auch die individuelle Freiheit der Menschen, die nur auf der Grundlage dieser Institutionen und im Rahmen dieser Ordnung entstehen konnte und die die Triebfeder aller nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung ist. Sie ignorierten das Bedürfnis des Menschen nach persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung, sie mißachteten das Streben des Menschen, seine eigene Lage und die seiner nächsten Angehörigen zu verbessern, und seinen Wunsch, sein Leben selbstbestimmt zu gestalten. Das sozialistische System litt deswegen unter gravierenden Anreiz- oder Motivationsproblemen. Außerdem bedurfte es eines hypertrophen, unproduktiven Überwachungsapparates, der umfangreiche Ressourcen band, aber letztlich weder das Problem der fehlenden oder falschen Anreize des Systems noch das des unzureichenden Wissens der sozialistische Machthaber lösen konnte. Für die Sozialisten waren dies alles indes höchstens Probleme einer Übergangsperiode; in völliger Verkenntung der menschlichen Natur und in grenzenloser Anmaßung glaubten sie, einen neuen, den sozialistischen Menschen erschaffen zu können¹⁰. Der unmittelbare Effekt ihrer Unterdrückung der Menschen war freilich der Tod von Millionen, die ihren Plänen im Wege standen¹¹, und ein ärmliches, unfreies Leben der restlichen Bevölkerung.

¹⁰ Dieses Bestreben, einen neuen, den sozialistischen Menschen erschaffen zu wollen, war der gesamten sozialistischen Bewegung zu eigen, angefangen von den Frühsozialisten wie etwa *Owen* (1817; 1844) oder *Fourier* (1822; 1829) bis zu den Machthabern der sozialistischen Regime des 20. Jahrhunderts wie etwa *Mao Tse-tung* (1956a, S. 325) oder *Breschnew* (1971, S. 248).

¹¹ *Brzezinski* (1989, S. 271ff.) schätzt die Zahl der Opfer des Sozialismus auf mindestens 50 Millionen Tote. Hierzu zählen in erster Linie die von den Sozialisten ermordeten Menschen. Die Morde ereigneten sich größtenteils im Zuge der Massenexekutionen politischer Gegner während und nach der Machtergreifung, der Ausrottung ganzer Bevölkerungsschichten, die als potentiell feindselig eingestuft wurden (wie etwa frühere Offiziere, Regierungsbeamte, Aristokraten, Landbesitzer, Priester, Geschäftsleute und "Kapitalisten"), der "Liquidierung" der unabhängigen Bauernschaft im Zuge der Zwangskollektivierungen, der wiederholten "Säuberungen" des Staatsapparates und der kommunistischen Parteien selbst sowie der sonstigen unaufhörlichen "Vernichtung" von "Schädlingen" und "konterrevolutionären" oder "klassenfeindlichen Ele-

Jede der Institutionen, die die Sozialisten als Ersatz für die von ihnen abgeschafften gewachsenen Institutionen einführten, wies erhebliche Funktionsmängel auf und trug damit zum Zusammenbruch des Sozialismus bei. So beließ die zentrale Planung und Lenkung der Wirtschaftsprozesse, die den Markt ersetzte, dem Großteil der an diesen Prozessen Beteiligten nur minimale Entscheidungs- und Handlungsspielräume (*Klein, 1991*). Dadurch wurde die ökonomische Eigeninitiative der Menschen erstickt. Außerdem war der zentrale Wirtschaftsplan aus mehreren Gründen systematisch fehlerhaft: Erstens war die Informationsbasis der zentralen Planträger unvermeidbar zu schmal, denn ein Großteil der notwendigen, aber weit verstreuten Informationen ließ sich nicht zentralisieren. Zweitens waren die an die zentrale Planungsbehörde weitergegebenen Informationen verzerrt; die Betriebe täuschten die Planungsinstanzen über ihre tatsächliche Leistungsfähigkeit, um leicht erfüllbare Planaufgaben zu erhalten (Strategie der "weichen Pläne", *Kornai, 1980*). Drittens konnte der zentrale Wirtschaftsplan angesichts des langwierigen und schwerfälligen Planungsprozesses nicht rasch genug an die sich ständig ändernden Gegebenheiten angepaßt werden. Und viertens waren die Güterknappheiten aufgrund fehlender Marktpreise unbekannt; eine Wirtschaftsrechnung war somit unmöglich (*Mises, 1922, S. 110ff.*). Zudem verursachte die zentrale Planung, Lenkung und Kontrolle der gesamten Volkswirtschaft exorbitant hohe Transaktionskosten. Diesen systemimmanenten Mängeln der zentralen Planung und Lenkung war es zu einem erheblichen Teil zuzuschreiben, daß der Ressourceneinsatz ineffizient, die Produktivität niedrig und der materielle Wohlstand gering war.

Die Institution des Kollektiveigentums an den Produktionsmitteln sicherte dem Staat eine überragende, alles beherrschende Machtposition. Zusammen mit der Institution der zentralen Planung und Lenkung trug sie entscheidend dazu bei, die persönliche Freiheit der Menschen im Sozialismus praktisch vollständig aufzuheben. Da die einzelnen Betriebe und Beschäftigten kein Recht hatten, sich die Erträge aus der Verwendung der Produktionsmittel anzueignen, bestanden auf ihrer Sei-

menten" in allen Bereichen der Gesellschaft. Zu den Opfern zählen aber auch diejenigen, die von den Sozialisten zwar nicht direkt ermordet wurden, die aber indirekt an den Folgen ihrer Politik starben. Hier sind vor allem die Opfer der verschiedenen Hungersnöte und Epidemien zu nennen. So kostete die Hungerkatastrophe, die Anfang der dreißiger Jahre in der Sowjetunion durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft ausgelöst wurde, nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 6 und 11 Millionen Menschen das Leben (*Malia, 1994, S. 233*). Millionen Menschen starben darüber hinaus im Zuge von Zwangsumsiedlungen, Massendeportationen, Internierungen in Arbeitslagern und Inhaftierungen in Zuchthäusern. Zu denken ist aber auch an die ungezählten neugeborenen, kranken und alten Menschen, die insbesondere aufgrund der Mängel des Gesundheitswesens und der vielerorts starken Umweltverschmutzung vorzeitig ihr Leben lassen mußten (diese sind in *Brzezinskis* Schätzungen nicht eingerechnet).

te auch kaum Anreize, diese effizient einzusetzen. Beim Umgang mit den Produktionsmitteln herrschte vielmehr sogar mangelnde Sorgfalt vor, denn die Betriebe und Beschäftigten trugen auch nicht das Risiko eines unwirtschaftlichen Einsatzes der Produktionsmittel, solange nur die Planaufgaben erfüllt wurden¹². Auf Seiten der zentralen Planträger bestanden ebenfalls nur schwache Anreize zum effizienten Einsatz der kollektiven Produktionsmittel, denn auch die einzelnen Instanzen der Planungshierarchie hatten weder ein Recht, sich die Erträge aus der Verwendung der Produktionsmittel anzueignen, noch trugen sie das wirtschaftliche Risiko einer ineffizienten Faktorallokation (*Leipold*, 1987, S. 43). Daher lag die alloкатive Ineffizienz auch in der Institution des Kollektiveigentums begründet.

Die Funktionsdefizite der Institution des sozialistischen Betriebs waren vor allem auf seine mangelnde Selbständigkeit zurückzuführen. Dadurch fehlte es auf betrieblicher Ebene nicht nur an Anreizen zu volkswirtschaftlich produktivem Handeln, vielmehr existierten sogar massive Fehlanreize. Die Betriebsleitungen bemühten sich um minimale Planvorgaben und maximale Ressourcenzuteilungen und achteten darauf, die vorgegebenen Planaufgaben nur gerade um so viel überzuerfüllen, daß die für eine Übererfüllung ausgelobten Prämien erzielt wurden (*Kornai*, 1980). Die Beschäftigten wiederum tendierten angesichts ihrer Unkündbarkeit zur Minimierung ihres Arbeitseinsatzes (*Hof*, 1983). Die Folgen waren u.a. ein permanenter Ressourcenmangel, eine schlechte Produktqualität und häufige Lieferengpässe (*Winiecki*, 1988, S. 3ff.; *Klein*, 1991, S. 94f.). Dadurch wurde auch die Planerfüllung der Betriebe selbst gefährdet. Diese wichen daher teilweise in illegale Tauschbeziehungen aus (*Udgaard*, 1979, S. 124f.), wodurch zwar die negativen Folgen der zentralen Planung punktuell abgeschwächt werden konnten, gleichzeitig aber die Institution der zentralen Planung und Lenkung untergraben wurde. Auch versuchten viele Betriebe, die Unwägbarkeiten, die mit ihrer mangelnden Selbständigkeit verbunden waren, durch Selbsterstellung möglichst vieler benötigter Vorprodukte abzumildern, wodurch sich die volkswirtschaftliche Arbeitsteilung verringerte (*Winiecki*, 1991, S. 59). Und nicht zuletzt kam der technische Fortschritt aufgrund der mangelnden betrieblichen Selbständigkeit fast völlig zum Erliegen. Die Betriebe durften nur in sehr begrenztem Maße an den Erträgen ihrer Innovationen partizipieren; Fehlschläge gingen hingegen voll zu ihren Lasten. Da Innovationen naturgemäß riskant sind und daher die betriebliche Planerfüllung gefährdeten, waren die Innovationsaktivitäten der Betriebe minimal (*Wagner*, 1983, S. 324ff.; *Leipold*, 1983, S. 125ff.). Alles in allem trug die Institution des soziali-

¹² Auch durch die Zahlung von Prämien bei Planerfüllung bzw. -übererfüllung konnte eine effiziente Faktorallokation nicht sichergestellt werden.

stischen Betriebs somit ebenfalls erheblich zur geringen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des sozialistischen Systems bei.

Die Funktionsmängel der Institution des Geldes im Sozialismus lagen darin begründet, daß die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse nicht, wie in einer Marktwirtschaft, mit Hilfe flexibler Zinssätze über Kreditmärkte in ihre effizientesten Verwendungen gelenkt wurden. Statt dessen wurden den Betrieben nach einem zentralen Kreditplan durch das staatliche Bankensystem Kreditmittel zugeteilt. Aufgrund ihrer Konkursunfähigkeit wurden dabei auch unproduktive Betriebe alimentiert, wodurch sich die Ineffizienz der Güterproduktion verstärkte (*Thieme*, 1983, S. 201). Zudem neigten alle Betriebe dazu, im Rahmen ihrer Strategie der "weichen Pläne" überhöhte Kreditanforderungen zu stellen, die sie nicht zuletzt wegen ihres Informationsvorsprungs gegenüber dem staatlichen Bankensystem vielfach auch durchsetzen konnten (*Hartwig und Thieme*, 1987, S. 225ff.). Daraus resultierte eine permanente monetäre Überversorgung der Volkswirtschaft, die sich angesichts der staatlichen Preisfixierung in einer zurückgestauten Inflation niederschlug. Da die in Umlauf gebrachte Geldmenge die nominale Güterproduktion permanent überstieg, verlor das Geld immer stärker an Kaufkraft (*Thieme*, 1983, S. 196ff.). Lebensmittel und andere Güter mußten rationiert werden. Die Anreizwirkung des Geldeinkommens ließ nach, wodurch sich die Produktivität tendenziell weiter verringerte. Güter mit hoher Lager- und Tauschfähigkeit wurden gehortet, in einigen Bereichen lebte der Naturaltausch wieder auf. Aufgrund der hohen ungewollten Kassenbestände und der chronischen Versorgungsmängel breitete sich eine illegale Schattenwirtschaft aus. Produktionsmittel und Arbeitskräfte wurden rechtswidrig aus der offiziellen Planwirtschaft abgezogen und für private Zwecke eingesetzt (*Cassel*, 1987, S. 274ff.). Auch diese Effekte hatten einen nicht unbeträchtlichen Anteil an der Erosion des sozialistischen Systems.

Die bedeutendsten Institutionen im Sozialismus waren freilich der Staat und die ihm übergeordnete kommunistische Partei. Alle Macht war in ihren Händen konzentriert, wobei die obersten Führungsgremien aus einer kleinen, weitgehend abgeschotteten Gruppe bestanden. Die Sozialisten nutzten die Staatsgewalt, die sie nicht in einem Falle im Rahmen freier Wahlen errungen hatten (*Brzezinski*, 1989, S. 268), rücksichtslos zum Aufbau ihres Systems und zur Sicherung ihrer Machtposition¹³. Durch Exekutionen politischer Gegner, Ausrottung ganzer Bevölke-

¹³ Dies konnte kaum überraschen, lag es doch in der Logik der sozialistischen Gesellschaftstheorie. So erklärten denn auch *Lenin* und *Mao Tse-tung* bereits vor ihrer Machtergreifung: "Im Prinzip haben wir nie auf Terror verzichtet und können es auch nicht tun" (*Lenin*, 1901, zitiert

rungsgruppen, denen eine potentiell feindselige Haltung unterstellt wurde, "Liquidierungen" der unabhängigen Bauernschaft, sowie durch Todesfälle im Zuge von Massendeportationen, Zwangsumsiedlungen, Internierungen in Arbeitslagern und Inhaftierungen in Gefängnissen wurde millionenfach menschliches Leben und damit wertvolles Humankapital zerstört. Zudem erforderte die Sicherung der Macht hohe, volkswirtschaftlich überwiegend unproduktive Ausgaben für Polizei, Geheimpolizei und Militär (*Sik*, 1976, S. 235ff.). Der hierarchische Aufbau der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bedurfte des weiteren einer umfangreichen, allmächtigen Bürokratie (ebd., S. 75ff.; *Bahro*, 1977, S. 277ff.). Da die Posten in Partei und Staat mit erheblichen, abgestuften Privilegien verbunden waren, konnte die Partei- und Staatsführung die Stellenvergabe an loyale Gefolgsleute wirksam als Instrument der Machtsicherung einsetzen (*Udgaard*, 1979, S. 119ff.). Die Privilegien gingen zu Lasten des Konsums der restlichen Bevölkerung und zu Lasten der Investitionen. Darüber hinaus machte die Sicherung der unbeschränkten Machtstellung der Sozialisten die totale Politisierung der Gesellschaft sowie die Überwachung und Bespitzelung der gesamten Bevölkerung erforderlich; es herrschte ein Klima der Angst und Isolation (*Lieber und Ruffmann*, 1964, S. 41ff.; *Sik*, 1976, S. 145ff.). Der totalitäre Charakter des sozialistischen Staates bedeutete nicht nur, daß individuelles Wissen und individuelle Kreativität ungenutzt blieben, es bedeutete auch, daß jeglicher Wettbewerb alternativer Meinungen und Ideen in Politik, Wirtschaft und Kultur unterbunden wurde. Daraus resultierte eine mangelnde Flexibilität des gesamten Systems, das im Laufe der Zeit nahezu vollkommen erstarrte.

Die Institution des Rechts setzte der sozialistischen Gewaltherrschaft keine Schranken, vielmehr wurde es zur Verwirklichung der sozialistischen Ordnung instrumentalisiert (*Lieber und Ruffmann*, 1964, S. 155ff.). Dabei heiligte der Zweck jegliches Mittel, willkürliche Verhaftungen, Verurteilungen und Ermordungen eingeschlossen. Mit der Willkürherrschaft der Sozialisten hörte der Rechtsstaat auf zu existieren. Dies war keine Begleiterscheinung der despotischen Herrschaft einzelner Diktatoren, sondern die logische Konsequenz der sozialistischen Gesellschaftstheorie, nach der das Recht zur Durchsetzung des als richtig erkannten Geschichtsverlaufs und zur Realisierung der Zentralverwaltungswirtschaft dienen sollte. Partei und Staat mußten die Möglichkeit besitzen, unbeschränkt von jeglichen allgemeinen und abstrakten Rechtsnormen die ihnen jeweils erforderlich scheinenden Maßnahmen zu befehlen und eventuellen Widerstand mit allen Mitteln zu brechen.

nach *Brzezinski*, 1989, S. 30). "Jeder Kommunist muß diese Wahrheit begreifen: <Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.>" (*Mao Tse-tung*, 1938, S. 256).

Daher konnte es auch keine übergeordneten Rechte des einzelnen geben, die ihm einen persönlichen Freiraum sicherten und ihn vor staatlicher Willkür schützten. Die Menschen mußten sich den Befehlen von Partei und Staat beugen, sie besaßen praktisch keine Möglichkeit, eigene Ziele zu verfolgen. De facto herrschte vollkommene Rechtlosigkeit. Da die Institution des Rechts auf diese Weise den Freiheitswillen der Menschen unterdrückte und ihre Eigeninitiative abtötete, hatte auch sie einen maßgeblichen Anteil an der Erstarrung und am wirtschaftlichen Niedergang des Sozialismus.

Ebenso wie die Institution des Rechts stand auch die Institution der Moral dem totalen Herrschaftsanspruch der Sozialisten im Wege. Es war daher nur konsequent, daß Religion und Kirche bekämpft, Priester und Gläubige verfolgt und ermordet wurden. Darüber hinaus förderte der Sozialismus auf allen Ebenen der Gesellschaft die Ausbreitung schlechterdings amoralischen Verhaltens. Die Allmacht und Willkürherrschaft von Partei und Staat, die Vergabe von Privilegien an loyale Gefolgsleute und die alltägliche Repression, verbunden mit einer verlogenen Propaganda, führten zu weit verbreitetem Konformismus und Denunziantentum, zu Korruption und dem Ausleben niederer Instinkte, wie dem Machtinstinkt, der Raubgier und der Lust, andere zu quälen (*Sik*, 1976, S. 145ff.). Traditionelle moralische Normen, wie Ehrlichkeit, Zivilcourage, Toleranz und Respekt vor dem Leben, dem Eigentum und der Privatsphäre anderer, wurden nahezu vollkommen ausgelöscht und kamen denen, die daran festhielten, oft teuer zu stehen. Durch die weitgehende Eliminierung dieser und weiterer grundlegender moralischer Normen, die die Menschen im Laufe der kulturellen Evolution mühsam erlernt hatten, wurden die Fundamente letztlich jeglichen gesellschaftlichen Zusammenlebens untergraben. Insbesondere das wechselseitige Vertrauen der Menschen, das nicht zuletzt für die Arbeitsteilung und den Gütertausch unabdingbar ist, wurde zerstört. Damit trug auch die Vernichtung moralischer Normen durch die Sozialisten zur allmählichen Erosion ihres Systems bei.

Obwohl die Sozialisten ihre abstrusen Träume von der Abschaffung von Ehe und Familie und der Einführung der "freien Liebe" nicht verwirklichten, waren viele ihrer Maßnahmen im "real existierenden Sozialismus" auf die Zerstörung jener Institutionen gerichtet. So wurden etwa die Familienangehörigen von Opfern des Regimes systematisch verfolgt; die Maßnahmen reichten von der Benachteiligung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche über die Inhaftierung bis zur Ermordung (*Brzezinski*, 1989, S. 35, 273). Des weiteren wurde das für eine Familie grundlegende Vertrauensverhältnis in vielen Fällen dadurch zerstört, daß Kinder in der

Schule zur Aushorchung und Denunziation ihrer Eltern angestiftet wurden. Bereits Kleinkinder wurden in Kinderkrippen und ähnlichen Einrichtungen im sozialistischen Sinne indoktriniert, was nicht zuletzt die Weitergabe der kulturellen Tradition durch die Eltern an ihre Kinder erschwerte. Diese von den Sozialisten durchaus beabsichtigte Folge wurde dadurch mit ermöglicht, daß auch die Frauen ganz überwiegend einer Erwerbstätigkeit nachgingen. Letzteres war kein Ausdruck einer "Befreiung der Frau", sondern eines von Partei und Staat ausgehenden Zwangs, die die Arbeitskraft der Frau angesichts der Ineffizienz des Wirtschaftssystems benötigten, um ihre ehrgeizigen Industrialisierungspläne zu verwirklichen (Albaz, 1991)¹⁴. Berücksichtigt man weiterhin, daß Ehescheidungen und Abtreibungen in sozialistischen Staaten besonders leichtgemacht wurden, so wird die Vielzahl der Maßnahmen deutlich, die tendenziell auf die Zerstörung von Ehe und Familie hinwirkten. Zwar hatten diese Maßnahmen kaum einen unmittelbaren Einfluß auf den Zusammenbruch des Sozialismus, gleichwohl ist ihr Anteil am allmählichen Niedergang dieser Gesellschaftsform angesichts der fundamentalen Bedeutung von Ehe und Familie sicher nicht zu vernachlässigen.

Insgesamt zeigt sich damit, daß die Vernichtung aller bedeutenden, gewachsenen Institutionen und ihr Ersatz durch neue, konstruierte Institutionen die entscheidenden Ursachen für das Scheitern des Sozialismus darstellen. Durch die sozialistischen Institutionen wurde die individuelle Freiheit zerstört und die Eigeninitiative der Menschen unterdrückt oder in unproduktive Bahnen gelenkt. Ihr Wissen, ihre Fertigkeiten und ihre Kreativität blieben weitgehend ungenutzt. Außerdem war die Koordinationsleistung der sozialistischen Institutionen und der darauf aufbauenden Wirtschaftsordnung mangelhaft. Dementsprechend war die Faktorallokation ineffizient, der technische Fortschritt gering und die Produktivität niedrig. Der allmähliche wirtschaftliche Niedergang des sozialistischen Systems war die Folge. Zudem wurden durch die Abschaffung oder Pervertierung bedeutender gewachsener Institutionen, wie der Moral, des Rechts und der Ehe und Familie, im Laufe der Zeit die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens immer stärker untergraben. Dies alles bewirkte eine allmähliche Erosion des sozialistischen Systems, die schließlich in seinem Zusammenbruch mündete.

Anstatt daß die Sozialisten ihr Ziel erreichten, die kulturelle Evolution zu ihrem Ende zu führen, erwies sich der Sozialismus selbst als ein Irrweg der kulturellen

¹⁴ *Mao Tse-tung* (1956b, S. 299) etwa verlangte: "Die Frauen Chinas bilden eine riesige Arbeitskraftreserve. Man muß diese Reserve für den Kampf um den Aufbau eines großen sozialistischen Landes erschließen."

Evolution. Er widersprach der menschlichen Sehnsucht nach persönlicher Freiheit, zerstörte die Fundamente gesellschaftlichen Zusammenlebens und zeitigte eine geringe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus hat die kulturelle Evolution diesen Irrweg verlassen - zumindest vorläufig.

4. Das Ende der kulturellen Evolution?

Die westlichen Institutionen haben sich gegenüber denen des Sozialismus eindeutig als überlegen erwiesen. Sie sind ein geschichtliches Erbe der kulturellen Evolution, das nicht gering veranschlagt werden sollte. Diese Institutionen - vor allem die Moral und das Recht der westlichen Welt, die Ehe und die Familie, die Demokratie, das Privateigentum, der Markt, das Geld und die Unternehmen - haben den Menschen ermöglicht, sich in einem nie zuvor gekannten Maße zu vermehren und einen nie zuvor gekannten Wohlstand zu erwirtschaften. Sie sind die Voraussetzung für die weitere Existenz der Menschheit in ihrem heutigen Umfang und die Voraussetzung ihres heutigen Wohlstands. Sie sollten daher geachtet und geschützt werden. Da die Ursachen ihrer Entstehung und ihres Wandels, ihre Funktionsweise und ihre Bedeutung, ihre näheren und ferneren Wirkungen sowie ihre gegenseitige Bedingtheit nur sehr unvollkommen verstanden werden können, sollten sie nur punktuell modifiziert werden, und zwar stets mit dem Ziel, sie besser in die Gesamtheit aller gewachsenen Institutionen einzupassen und ein reibungsloseres Funktionieren der ausgedehnten Ordnung menschlichen Handelns, die ebenfalls nur zu einem geringen Teil überschaut werden kann, zu ermöglichen. Auch ist eine immer weitere Ausdehnung der spontanen Ordnung denkbar. Die Arbeitsteilung würde immer mehr vertieft, der wirtschaftliche Wohlstand immer weiter anwachsen. Die unterschiedlichen Fähigkeiten und das unterschiedliche Wissen von immer mehr Menschen könnten genutzt werden; gleichzeitig würde diesen Menschen nicht nur das Überleben, sondern auch die Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand der westlichen Welt ermöglicht.

Gleichwohl bedeutet der Zusammenbruch des Sozialismus und die Überlegenheit der westlichen Institutionen aus zwei Gründen nicht das Ende der kulturellen Evolution¹⁵. Erstens liegt es in ihrem Wesen, daß sie sich permanent fortsetzt, und zwar größtenteils ungeplant. Die kulturelle Evolution vollzieht sich in einem

¹⁵ Hierin unterscheidet sich die vorliegende Arbeit besonders deutlich von denen *Fukuyamas* (1989; 1992), der auf der Grundlage der Hegelschen Geschichtsphilosophie zu dem Schluß kommt, die Geschichte habe mit dem Sieg des Liberalismus über den Sozialismus ihr Ende erreicht.

allmählichen, historischen Prozeß des institutionellen Experimentierens. In einem permanenten institutionellen Wettbewerb entscheidet sich, welche Institutionen bestehen bleiben, welche sich wandeln und welche untergehen. Die konkreten Bedingungen, die diesen Selektionsprozeß bestimmen, ändern sich ständig. Daher werden sich auch die bewährten Institutionen des Westens, seine moralischen Normen ebenso wie etwa seine Unternehmensformen, ständig weiterentwickeln, wenn auch meist nur allmählich und erst im historischen Vergleich erkennbar. Da die künftigen Bestimmungsfaktoren des institutionellen Selektionsprozesses unbekannt sind, kann auch nicht prognostiziert werden, in welcher Weise und in welche Richtung sich die Institutionen der westlichen Welt weiterentwickeln werden. Erst recht läßt sich die kulturelle Evolution nicht steuern. Es kann lediglich versucht werden, günstige Bedingungen für den institutionellen Wettbewerb und den Prozeß der kulturellen Evolution zu schaffen und daneben die bewährten Institutionen zu achten und nur punktuell zu modifizieren.

Zweitens werden auch nach dem Zusammenbruch des Sozialismus nicht nur die westliche Gesellschaftsordnung und ihre Institutionen überleben. Allein die Herrschsucht gewaltsamer Gruppen, die die Macht in einzelnen Staaten an sich reißen - mit welcher ideologischen Begründung auch immer -, wird die gewachsenen Institutionen und die spontane Ordnung des Westens stets auf neue gefährden. Auch das Sicherheitsstreben der Menschen, ihre Vorliebe für überschaubare Verhältnisse sowie ihr Hang zu einem distributiven Gerechtigkeitsempfinden werden immer wieder zu Angriffen auf die spontane Ordnung führen, in der abstrakte Regeln und nicht konkrete Ziele das Zusammenleben bestimmen, in der der Erfolg einiger stets um den Preis des Mißerfolgs ebenso verdienstvoller anderer erkaufte wird und in der die Ursachen und Wirkungen menschlicher Handlungen sowie die Bedeutung der Institutionen um so weniger überschaubar werden können, je weiter sich die spontane Ordnung ausdehnt. Und schließlich existieren auf der Welt die verschiedensten kulturellen Traditionen. Es ist alles andere als sicher, daß sich diese Kulturen der westlichen Welt anschließen und deren Institutionen übernehmen. Allerdings stellt das menschliche Streben nach persönlicher Freiheit und materiellem Wohlstand eine Kraft dar, die darauf hinwirkt, die westlichen Institutionen, die diesem Streben die größtmögliche Aussicht auf Erfolg verheißen, anzunehmen. Wie das Beispiel Japans seit der Meiji-Revolution zeigt, bedeutet eine solche Übernahme nicht den Tod der traditionellen Kultur, sondern vielmehr deren Weiterentwicklung und Stärkung. Kulturelle Vielfalt, individuelle Freiheit und materieller Wohlstand sind eine reale Perspektive der Menschheit. Ob sie sich auf diesem

Weg der kulturellen Evolution fortbewegt oder erneut einen totalitären Irrweg einschlägt, kann erst die Zukunft erweisen.

Literatur

Albaz, Jewgenija (1991): Monolog einer von der Emanzipation Erschöpften, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Die Sowjetunion im Umbruch. Eine Zwischenbilanz 1991*, Bonn, S. 125-128.

Asthon, Thomas S. (1948): *The Industrial Revolution, 1760-1830*, London, New York, Toronto.

Autorenkollektiv (1974): *Dialektischer und historischer Materialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium*, Berlin.

Autorenkollektiv (1976): *Wissenschaftlicher Kommunismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium*, 2. Aufl., Berlin.

Babeuf, François Noel (o.J.): Entwurf eines Wirtschaftsgesetzes, in: Thilo Ramm (Hrsg.), *Der Frühsozialismus. Quellentexte*, 2. Aufl., Stuttgart, S. 8-15.

Bahro, Rudolf (1977): *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, Köln, Frankfurt am Main.

Bebel, August (1910): *Die Frau und der Sozialismus*, 50. Aufl., Stuttgart.

Breschnew, Leonid I. (1971): Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Kongreß der KPdSU, in: Oskar Anweiler, Friedrich Kuebart und Klaus Meyer (Hrsg.), *Die sowjetische Bildungspolitik von 1958 bis 1973. Dokumente und Texte*, Berlin 1976, S. 248-249.

Brzezinski, Zbigniew (1989): *Das gescheiterte Experiment. Der Untergang des kommunistischen Systems*, Wien.

Bundeszentrale für politische Bildung (1982): *Informationen zur politischen Bildung Nr. 192. Bundesrepublik Deutschland - DDR 1: Vergleich der politischen Systeme*, Bonn.

Cassel, Dieter (1987): Inflation und Inflationswirkungen in sozialistischen Planwirtschaften, in: H. Jörg Thieme (Hrsg.), *Geldtheorie. Entwicklung, Stand und systemvergleichende Anwendung*, 2. Aufl., Baden-Baden, S. 263-294.

Deutsche Demokratische Republik (1974): Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 7. Oktober 1974, in: Erika Lieser-Triebnigg, *Recht in der DDR. Einführung und Dokumentation*, Köln 1985, S. 27-50.

Dobias, Peter (1994a): Sozialismus - Marxismus, in: Otmar Issing (Hrsg.), *Geschichte der Nationalökonomie*, 3. Aufl., München, S. 107-126.

Dobias, Peter (1994b): Sozialismus, in: Otmar Issing (Hrsg.), *Geschichte der Nationalökonomie*, 3. Aufl., München, S. 89-106.

Engels, Friedrich (1886): *Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft*, 2. Aufl., Hottingen, Zürich.

Engels, Friedrich (1919): *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Im Anschluß an Lewis H. Morgan's Forschungen*, 16. Aufl., Stuttgart.

- Eucken, Walter (1952): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 6. Aufl., Tübingen 1990.
- Fourier, Charles (1803): Brief an den Justizminister, in: Frits Kool und Werner Krause (Hrsg.), *Die frühen Sozialisten*, Bd. I, München 1972, S. 201-212.
- Fourier, Charles (1808a): Theorie der vier Bewegungen, in: Michael Vester (Hrsg.), *Die Frühsozialisten 1789-1848*, Bd. I, Reinbek bei Hamburg 1970, S. 177-187.
- Fourier, Charles (1808b): Über Liebe und Ehe, in: Thilo Ramm (Hrsg.), *Der Frühsozialismus. Quellentexte*, 2. Aufl., Stuttgart, S. 159-198.
- Fourier, Charles (1822): Abhandlung über die landwirtschaftlich-häusliche Assoziation, in: Michael Vester (Hrsg.), *Die Frühsozialisten 1789-1848*, Bd. I, Reinbek bei Hamburg 1970, S. 187-192.
- Fourier, Charles (1829): Die neue industrielle Welt, in: Michael Vester (Hrsg.), *Die Frühsozialisten 1789-1848*, Bd. I, Reinbek bei Hamburg 1970, S. 193-198.
- Fukuyama, Francis (1989): The End of History?, *National Interest*, o.Jg., No. 16, S. 3-18.
- Fukuyama, Francis (1992): *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München.
- Görtemaker, Manfred (1994): Die demokratische Revolution in Osteuropa, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Informationen zur politischen Bildung Nr. 245. Internationale Beziehungen I: Der Ost-West-Konflikt*, Bonn, S. 48-56.
- Gutmann, Gernot (1990): *Das Ende der Planwirtschaft in der DDR*, Tübingen.
- Haffner, Friedrich (1987): Monetäre Zentralplanung und Volkswirtschaftsplanung, in: H. Jörg Thieme (Hrsg.), *Geldtheorie. Entwicklung, Stand und systemvergleichende Anwendung*, 2. Aufl., Baden-Baden, S. 194-215.
- Hartwig, Karl-Hans, und H. Jörg Thieme (1987): Determinanten des Geld- und Kreditangebots in sozialistischen Planwirtschaften, in: H. Jörg Thieme (Hrsg.), *Geldtheorie. Entwicklung, Stand und systemvergleichende Anwendung*, 2. Aufl., Baden-Baden, S. 217-239.
- Hayek, Friedrich A. von (1944): *Der Weg zur Knechtschaft*, München 1991.
- Hayek, Friedrich A. von (1945): Die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft, in: ders., *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, 2. Aufl., Salzburg 1976, S. 103-121.
- Hayek, Friedrich A. von (1960): *Die Verfassung der Freiheit*, 3. Aufl., Tübingen 1991.
- Hayek, Friedrich A. von (1967): Rechtsordnung und Handlungsordnung, in: ders., *Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze*, Tübingen 1969, S. 161-198.
- Hayek, Friedrich A. von (1973): *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Eine neue Darstellung der liberalen Prinzipien der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie*, Bd. I: *Regeln und Ordnung*, 2. Aufl., Landsberg am Lech 1986.

Hayek, Friedrich A. von (1976): *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Eine neue Darstellung der liberalen Prinzipien der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie*, Bd. II: *Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit*, Landsberg am Lech 1981.

Hayek, Friedrich A. von (1978): Die drei Quellen der menschlichen Werte, in: ders., *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Eine neue Darstellung der liberalen Prinzipien der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie*, Bd. III: *Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen*, Landsberg am Lech 1981, S. 207-236.

Hayek, Friedrich A. von (1988): *The Fatal Conceit. The Errors of Socialism*, Chicago (Ill.) 1989.

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1840): *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*, Stuttgart 1961.

Hof, Hans-Joachim (1983): Motivationale Probleme der intensiven Nutzung des Arbeitskräftepotentials, in: Gernot Gutmann (Hrsg.), *Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme*, Stuttgart, New York, S. 103-119.

Hume, David (1740): A Treatise of Human Nature: Being an Attempt to Introduce the Experimental Method of Reasoning into Moral Subjects, Bd. III: Of Morals, in: ders., *The Philosophical Works*, Bd. II, London 1886, S. 229-374.

Hume, David (1751): An Enquiry Concerning the Principles of Morals, in: ders., *The Philosophical Works*, Bd. IV, London 1882, S. 167-287.

Jones, Eric L. (1987): *The European Miracle. Environments, Economies, and Geopolitics in the History of Europe and Asia*, 2. Aufl., Cambridge u.a.O.

Kinze, Hans-Heinrich, Hans Knop und Eberhard Seifert (Hrsg., 1975): *Volkswirtschaftsplanung*, Berlin.

Klein, Werner (1991): Das Versagen der Motivations- und Kontrollsysteme, in: Karl-Hans Hartwig, H. Jörg Thieme (Hrsg.), *Transformationsprozesse in sozialistischen Wirtschaftssystemen: Ursachen, Konzepte, Instrumente*, Berlin u.a.O., S. 81-107.

Kommunistische Partei der Sowjetunion (1961), Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, in: Boris Meissner, *Das Parteiprogramm der KPdSU. 1903 bis 1961*, Köln 1962, S. 143-244.

Kornai, János (1980): *Economics of Shortage*, 2 Bde., Amsterdam u.a.O.

Kornai, János (1992): *The Socialist System. The Political Economy of Communism*, Oxford.

Leipold, Helmut (1983): *Eigentum und wirtschaftlich-technischer Fortschritt. Eine dogmenhistorische und systemvergleichende Studie*, Köln.

Leipold, Helmut (1987): Eigentum und wirtschaftliches Handeln in beiden deutschen Staaten, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), *Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987*, Bonn, S. 38-44.

Leoni, Bruno (1961): *Freedom and the Law*, 3. Aufl., Indianapolis (Indiana) 1991.

- Lieber, Hans-Joachim, und Karl-Heinz Ruffmann (Hrsg., 1964): *Der Sowjetkommunismus. Dokumente*, Bd. II: *Die Ideologie in Aktion*, Köln, Berlin.
- Lindemann, Mechthild (1992): Die Ära Breschnew: Innenpolitik, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Informationen zur politischen Bildung Nr. 236. Die Sowjetunion 1953-1991*, Bonn, S. 10-20.
- Locke, John (1690): *Two Treatises of Government: In the Former, The False Principles and Foundation of Sir Robert Filmer, And His Followers, are Detected and Overthrown. The Latter ist an Essay Concerning The True Original, Extent, and End of Civil-Government*, 2. Aufl., Cambridge u.a.O. 1988.
- Malia, Martin (1994): *Vollstreckter Wahn. Rußland 1917-1991*, Stuttgart.
- Mandel, Ernest (1968): *Marxistische Wirtschaftstheorie*, Frankfurt am Main.
- Mao Tse-tung (1919): Einem neuen goldenen Zeitalter entgegen, in: Stuart R. Schram, *Das Mao-System. Die Schriften von Mao Tse-tung. Analyse und Entwicklung*, München 1972, S. 141-142.
- Mao Tse-tung (1938): Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen, in: Stuart R. Schram, *Das Mao-System. Die Schriften von Mao Tse-tung. Analyse und Entwicklung*, München 1972, S. 256.
- Mao Tse-tung (1956a): Gegen spontane kapitalistische Tendenzen, in: Stuart R. Schram, *Das Mao-System. Die Schriften von Mao Tse-tung. Analyse und Entwicklung*, München 1972, S. 325.
- Mao Tse-tung (1956b): Die Frauen Chinas bilden eine riesige Arbeitskraftreserve, in: Stuart R. Schram, *Das Mao-System. Die Schriften von MaoTse-tung. Analyse und Entwicklung*, München 1972, S. 299.
- Marx, Karl (1841/42): Kritik der Hegelschen Staatsphilosophie, in: ders., *Die Frühschriften*, Stuttgart 1953, S. 20-149.
- Marx, Karl (1844): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: Karl Marx, Friedrich Engels, *Über Religion*, Berlin 1958, S. 30-44.
- Marx, Karl (1845): Thesen über Feuerbach, in: ders., *Die Frühschriften*, Stuttgart 1953, S. 339-341.
- Marx, Karl (1859): *Zur Kritik der Politischen Oekonomie*, Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961.
- Marx, Karl (1867): *Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie*, Bd. I, Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 23, 17. Aufl., Berlin 1988.
- Marx, Karl (1891): *Kritik des Gothaer Programms*, Berlin 1963.
- Marx, Karl (1894): *Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie*, Bd. III, Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, 14. Aufl., Berlin 1988.
- Marx, Karl, und Friedrich Engels (1845/46): Die Deutsche Ideologie, in: Karl Marx, *Die Frühschriften*, Stuttgart 1953, S. 341-485.
- Marx, Karl, und Friedrich Engels (1848): Manifest der kommunistischen Partei, in: Karl Marx, *Die Frühschriften*, Stuttgart 1953, S. 525-560.

Meissner, Boris (1969): *Die "Breschnew-Doktrin". Das Prinzip des proletarisch-sozialistischen Internationalismus" und die Theorie von den "verschiedenen Wegen zum Sozialismus". Dokumentation*, Köln.

Mises, Ludwig von (1922): *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*, 2. Aufl., Jena 1932.

Mises, Ludwig von (1949): *Human Action. A Treatise on Economics*, 3. Aufl., Chicago (Ill.) 1966.

Montesquieu (1748): *Vom Geist der Gesetze*, 2 Bde., 2. Aufl., Tübingen 1992.

North, Douglass C., und Robert Paul Thomas (1973): *The Rise of the Western World. A New Economic History*, Cambridge u.a.O.

North, Douglass C., und Barry R. Weingast (1989): Constitutions and Commitment: The Evolution of Institutions Governing Public Choice in Seventeenth-Century England, *Journal of Economic History*, Vol. 49, S. 803-832.

Owen, Robert (1817): Eine neue Gesellschaftsauffassung. Vier Aufsätze über die Bildung des menschlichen Charakters als Einleitung zu der Entwicklung eines Planes, die Lage der Menschheit allmählich zu verbessern, in: Thilo Ramm (Hrsg.), *Der Frühsozialismus. Quellentexte*, 2. Aufl., Stuttgart, S. 249-346.

Owen, Robert (1836/44): Das Buch der Neuen Sittlichen Welt, in: Michael Vester (Hrsg.), *Die Frühsozialisten 1789-1848*, Bd. I, Reinbek bei Hamburg 1970, S. 66-75.

Owen, Robert (1844): Das allgemeine Gesetzbuch oder die allgemeine Verfassung einer Regierung für alle Menschen in einer vernünftigen Gesellschaftsordnung, in: Thilo Ramm (Hrsg.), *Die Frühsozialisten. Quellentexte*, 2. Aufl., Stuttgart, S. 382-387.

Rosenberg, Nathan, und L. E. Birdzell (1986): *How the West Grew Rich. The Economic Transformation of the Industrial World*, London.

Saint-Simon, Henri de (1814): Das Goldene Zeitalter des Menschengeschlechts steht uns bevor, in: Frits Kool und Werner Krause (Hrsg.), *Die frühen Sozialisten*, Bd. I, München 1972, S. 169-173.

Saint-Simon, Henri de (1824): Über die Gesellschaftsorganisation, in: Thilo Ramm (Hrsg.), *Der Frühsozialismus. Quellentexte*, 2. Aufl., Stuttgart, S. 88-122.

Schumpeter, Joseph A. (1911): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus*, 6. Aufl., Berlin 1964.

Sik, Ota (1976): *Das kommunistische Machtsystem*, Hamburg.

Smith, Adam (1759): *Theorie der ethischen Gefühle oder Versuch einer Analyse der Prinzipien, mittels welcher die Menschen naturgemäß zunächst das Verhalten und den Charakter ihrer Nächsten und sodann auch ihr eigenes Verhalten und ihren eigenen Charakter beurteilen*, Hamburg 1985.

Smith, Adam (1776): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, 2 Bde., London.

Solimano, Andrés (1991): The Economies of Central and Eastern Europe: An Historical and International Perspective, in: Vittorio Corbo, Fabrizio Coricelli und Jan Bossak (Hrsg.), *Reforming Central and Eastern European Economies: Initial Results and Challenges*, Washington, D.C., S. 9-23.

Thieme, H. Jörg (1983): Geldpolitik im Wirtschaftssystem der DDR, in: Gernot Gutman (Hrsg.), *Basisbereiche der Wirtschaftspolitik in der DDR. Geld-, Finanz- und Preispolitik*, Asperg b. Stuttgart, S. 187-212.

Thieme, H. Jörg (1987): Geld und Kredit in beiden Wirtschaftssystemen, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), *Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987*, Bonn, S. 182-191.

Udgaard, Nils Morten (1979): *Der ratlose Riese. Alltag in der Sowjetunion*, Hamburg.

Wagner, Ulrich (1983): Innovationsprobleme im Wirtschaftssystem der DDR, in: Gernot Gutmann (Hrsg.), *Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme*, Stuttgart, New York, S. 311-329.

Williamson, Oliver E. (1985): *The Economic Institutions of Capitalism: Firms, Markets, Relational Contracting*, New York, London.

Winiecki, Jan (1988): *The Distorted World of Sowjet-Type Economies*, London, New York.

Winiecki, Jan (1991): How It All Began: Sources of the Recent Breakdown of the Soviet Economic System, in: Herbert Giersch (Hrsg.), *Towards a Market Economy in Central and Eastern Europe*, Berlin u.a.O., S. 55-76.